

Energie- und Umweltpolitik im nächsten Jahrzehnt: Welche Massnahmen braucht die Schweiz?

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Präsident der UREK-NR

EnergieSchweiz: Bilanz- und Strategiekonferenz, 1./2. Juli 2008

Geschätzte Damen und Herren

Die Schweiz ist fast Europameister. Wir haben im Final zwar nicht gesiegt, doch wir können es ohne weiteres mit den Besten aufnehmen! Nein, ich rede nicht vom Fussball – nach dem blamablen Abstieg des FC St. Gallen darf ich mich als St. Galler nicht mehr über Fussball äussern. Sondern ich spreche von der Stromversorgung.

Mit unserem Strom-Mix – 60 Prozent Wasserkraft und 40 Prozent Kernenergie – ist unsere Stromproduktion praktisch CO₂-frei. Dies ist europaweit die Ausnahme und auch Köbi Kuhn freut sich, wie wir dies aus den TV-Spots erfahren durften.

Trotz dieser guten Ausgangslage dürfen wir nicht zurücklehnen. Wir müssen weiter am Ball bleiben. In der Schweiz steigt nämlich die Stromnachfrage trotz Effizienzmassnahmen jährlich um rund zwei Prozent. Die Gründe für die steigende Tendenz sind bekannt, auch wenn der Stromverbrauch im Jahre 2007 aufgrund der milden Witterung ausnahmsweise um 0,6 Prozent gesunken ist: Grösserer Raumbedarf pro Einwohner, laufend mehr Stromanwendungen - denken wir beispielsweise an unsere neuen Computer, Handys oder an das Internet - und das Bevölkerungswachstum. Allein im Jahr 2007 wuchs die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz um 82'700 Personen. Das sind mehr als die Stadt St. Gallen oder fast die Stadt Winterthur. Auch die Fussball-EM führte natürlich zu einem höheren Stromkonsum. Überdies dürfte die Netzbelastung an ihre Grenzen gestossen worden sein, insbesondere in der 92sten Minute beim Match Schweiz gegen Türkei, als viele Schweizer plötzlich die Fernsehapparate abgestellt haben dürften. Aber wir nehmen die EM jetzt als einmaliges Ereignis grosszügigerweise aus. Die Schweizer Stadien wurden ja mit zertifiziertem Ökostrom versorgt und auch das offizielle Bier der UEFA belastete die Schweizer Stromproduktion in keinsten Weise...

Auf der anderen Seite wird die Infrastruktur, das heisst die Stromproduktion und die Netzanlagen nicht entsprechend ausgebaut. Im Gegenteil: Es harzt mit dem Ersatz und dem Ausbau der grossen, altershalber in den nächsten rund 20 Jahren zu ersetzenden Kapazitäten – namentlich den Kernkraftwerken. Eine Stromlücke droht.

Die Schweiz muss daher dringend handeln, wenn wir weiterhin bei den Besten bleiben wollen. Im Fussball hoffen wir auf Othmar Hitzfeld. Im Energiebereich hingegen hat der Bundes-

rat das Problem erkannt und vor einem Jahr seine neue Energiestrategie verabschiedet. Er will die Energiepolitik auf vier Säulen abstützen: 1. Energieeffizienz. 2. Erneuerbare Energien. 3. Grosskraftwerke und 4. internationale Zusammenarbeit.

Die SVP unterstützt grundsätzlich diese bundesrätliche Strategie. Sie ist aber der Ansicht, dass wir nun rasch im Bereich der Grosskraftwerke Fortschritte erzielen müssen, nachdem sich die Politik, die Verwaltung und auch die Strombranche in den letzten Jahren hauptsächlich um die erneuerbaren Energien und die Energieeffizienz gekümmert haben.

Die erneuerbaren Energien werden zwar einen sehr willkommenen Beitrag zur Sicherung unserer Stromversorgung liefern, aber ihr Anteil wird auch in Zukunft bescheiden bleiben. Im neu revidierten Energiegesetz wurde bekanntlich definiert, dass bis ins Jahr 2030 zusätzlich 5400 Gigawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien produziert werden muss. Dies entspricht lediglich 10 Prozent des heutigen Stromverbrauches in der Schweiz. Leider wollte hier der Gesetzgeber nicht auf Freiwilligkeit setzen. Die Strombranche wäre zusammen mit Privaten durchaus in der Lage gewesen, dieses ambitionierte Ziel ohne neue Subventionen und Abgaben zu erreichen. Die steigende Anzahl von umweltbewussten Kunden, die Ökostromprodukte kaufen, liefert den Beweis.

Leider liegt Freiwilligkeit und Selbstverantwortung nicht im Trend. Stattdessen befürwortete das Parlament – mit Unterstützung der Linken und grossen Teilen der CVP und der FDP – die "*kostendeckende Einspeisevergütung*". Für einen durchschnittlichen Haushalt bedeutet dies höhere Stromgebühren von rund 20 Franken pro Jahr. Damit stehen gesamtschweizerisch rund 350 Millionen Franken pro Jahr für die Erneuerbaren zur Verfügung; oder über 7 Milliarden Franken bis ins Jahr 2030. Umgerechnet bedeutet dies einen Aufwand von stolzen 1000 Franken pro Person.

Wenn soviel Geld verteilt wird, sind auch die ausgestreckten Hände nicht weit. Anfangs Mai konnten wir aus den Medien entnehmen, dass über 2500 Anmeldungen für neue Photovoltaikanlagen eingegangen sind. Dazu kommen 100 Anmeldungen für Biomasse- und Windkraftwerke sowie 200 für Wasserkraftwerke. Dieser Boom ist keineswegs zu verurteilen. Auch die Schweizer Fussballer hätten ihre Prämien beim EM-Triumph sicher gern genommen.

Aber eine solche Aufbruchstimmung birgt auch Gefahren. Denn wir müssen uns bewusst sein, dass die erneuerbaren Energien in der kleinen Schweiz ihre klaren Grenzen haben. Die Schweiz ist zum Beispiel kein Windland. Die guten Standorte sind knapp und der Landschaftsschutz spielt in der dichtbesiedelten Schweiz eine wichtige Rolle. Bei der Biomasse ist das Potenzial auf maximal 5 Prozent der Stromproduktion begrenzt. Die Photovoltaik ist hingegen noch sehr teuer. Bei Gestehungskosten von rund 80 Rappen pro Kilowattstunde liegt sie deutlich über dem Marktpreis von 6 bis 7 Rappen. Und bei der Tiefen-Geothermie ist

technologisch noch sehr viel in Bewegung, wie man kürzlich in Basel wortwörtlich gespürt hat...

Für die SVP ist es deshalb klar, dass wir allein mit den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz die sich abzeichnende Stromlücke nicht decken können. Die erneuerbaren Energien sind nicht DIE Lösung, sondern nur einen Teil davon. Wir brauchen auch Grosskraftwerke um unsere Stromversorgung sicherzustellen. Dabei wird es insbesondere um die Frage gehen, ob wir das zusätzliche Potenzial im Bereich der Wasserkraft erschliessen können und ob die bestehenden Kernkraftwerke durch neue Kernkraftwerke ersetzt werden sollen. Zudem stellt sich die Frage, ob wir - bis die neuen Kernkraftwerke stehen - einige Gaskombikraftwerke als Übergangslösung benötigen.

Zum Thema Wasserkraft: Das Parlament hat sich hier das Ziel gesteckt, die Stromproduktion aus Wasserkraft bis ins Jahr 2030 um zusätzliche 2000 Gigawattstunden zu erhöhen. Aus Sicht der SVP ist dies sinnvoll. Die Wasserkraft ist eine einheimische und erneuerbare Energiequelle. Die Wertschöpfung verbleibt auch hauptsächlich in der Schweiz. Aber wie zu erwarten war, stossen wir hier auf grosse Opposition. Die eingereichte Volksinitiative mit dem Titel „Lebendiges Wasser“ will den Schwall und Sunk regeln und die Revitalisierungen von Flüssen vorantreiben. Die Zielsetzung der Volksinitiative widerspricht ganz klar dem Ausbauziel. Hier wäre eine klare Prioritätensetzung des zuständigen Departamentschefs notwendig. „*Das Fööfi und z'Weggli*“ können wir in diesem Fall nicht haben. Strategien für die Wasserkraftnutzung des Bundesamtes für Energie nützen nichts, wenn im Gegenzug das BAFU tatkräftig an der Erarbeitung eines Gegenvorschlages mithilft, der fast noch weiter geht als die Initiative. Köbi Kuhn hat gegen Portugal auch nicht eine Taktik vorgegeben mit dem Ziel zu gewinnen und dann dem Sturm und dem Mittelfeld befohlen, dass sie Eigentore schiessen sollen.

Eine weitere Baustelle haben wir bei den Gaskombikraftwerken. Als Übergangslösung wären sie zur Sicherung der Stromversorgung eine mögliche Alternative. Sie emittieren allerdings grosse Mengen an CO₂. Ein grösseres Gaskombikraftwerk stösst rund eine Million Tonnen CO₂ aus. Leider verhindern die gesetzlichen Rahmenbedingungen diese Alternative zur Sicherung unserer Stromversorgung. Auch hier fehlt eine klare Prioritätenordnung.

Als Ausweg präsentiert sich die Kernenergie. Die SVP befürwortet ganz klar den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke durch neue Kernkraftwerke. In diesem Sinne ist die Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuches der atel zu begrüessen. Wir sind auch froh, dass auch der Bundesrat neue Kernkraftwerken als notwendig erachtet und in dieser Frage das Schweizer Volk das letzte Wort hat. Bei einem JA erhält das neue Kernkraftwerk eine demokratische Legitimation und entzieht allfälligen Demonstrationen und Geländebesetzungen den Boden. Allerdings fordere ich die Stromkonzerne auf, sich jetzt über das Vorgehen im

Bereich der Kernenergie zu einigen. Mit einer zerstrittenen Strombranche wird es ein hoffnungsloser Abstimmungskampf. Von der Verwaltung erwarte ich, dass sie die Bewilligungsgesuche gründlich und rasch bearbeitet. Das Sachplanverfahren für geologische Tiefenlager sollte dabei nicht als Vorbild dienen...

Theoretisch könnten wir den fehlenden Strom auch aus dem Ausland importieren. Dies darf aber aus Sicht der SVP nicht unser Weg sein. Eine grosse Abhängigkeit vom Ausland wäre bei einem Versorgungsengpass fatal für unser Land, zumal die Netzkapazität für grössere Importe nur beschränkt vorhanden ist. Ebenso ist höchst ungewiss, ob Deutschland oder Frankreich ihren Strom in unser Land liefern werden, wenn dort das Licht ausgeht. Dies ist nicht realistisch. Verträge hin oder her. Deutschland hat im entscheidenden EM-Gruppenspiel auch nicht den Österreichern die Punkte überlassen. Deutschland wollte lieber selber ins Viertelfinale.

Es wäre grobfahrlässig, unsere Stromversorgung zum Beispiel von Windfarmen in der Nordsee abhängig zu machen - wie es sich Einige erträumen. Unsere Wirtschaft und auch alle Haushalte sind auf eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung angewiesen. Dafür brauchen wir - neben den Erneuerbaren und der Energieeffizienz - genügend inländische Grosskraftwerke. Es gibt kein "*entweder oder*" sondern nur ein "*sowohl als auch*".

Wenn wir an dieser Stelle die Stromversorgung verlassen und die Umweltpolitik betrachten, stellen wir fest, dass hier die Schweiz auf Erfolgskurs ist. Mitte April 2008 hat das BAFU informiert, dass die Schweiz das Kyoto-Ziel erreichen kann. Dieser Erfolg ist im Wesentlichen auf die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft zurückzuführen. Die Energie-Agentur der Wirtschaft hat inzwischen eine Reduktionsleistung von 540'000 Tonnen CO₂ unter Vertrag. Bis 2012 wird die Stiftung Klimarappen jährlich 2.1 Millionen Tonnen CO₂ reduzieren, was 5.1 Prozent der inländischen CO₂-Emissionen entspricht. Zudem hat sich die Zementindustrie gegenüber dem Bund zu einer jährlichen Reduktion der CO₂-Emissionen um rund 1.6 Millionen Tonnen CO₂ verpflichtet.

Trotz diesen Erfolgen hat das Parlament eine CO₂-Abgabe auf Brennstoffe beschlossen. Ob diese CO₂-Abgabe eine grosse Lenkungswirkung erzielen wird, ist fraglich. Denn im Bereich der fossilen Energien haben wir in den letzten Jahren erhebliche Preissteigerungen erlebt, ohne dass der Verbrauch wesentlich gesunken ist. Mit dem gleichen Argument lehnt die SVP die Idee für eine Teilzweckbindung eines Drittels des CO₂-Abgabeertrages ab, um damit Subventionsbeiträge für energetische Sanierungen von Gebäuden zur Verfügung zu stellen. Solche Sanierungen dürften nämlich wegen der massiv gestiegenen Ölpreise auch ohne Subventionen rentabel sein. Zudem ist hier zu bemerken, dass im Parlament bei der Debatte zur CO₂-Abgabe von allen Parteien versprochen wurde, dass diese Gelder an die Bevölkerung über die Krankenkassenprämien rückverteilt werden. Nur ein Jahr nach diesem Parla-

mentsentscheid diesen Verteilmodus zu ändern und eine Teilzweckbindung einzuführen zeugt von mangelndem demokratischem Verständnis und ist nichts anderes als eine neue Steuer. Dies lehnt die SVP kategorisch ab.

Es ist ohnehin fraglich, ob ein solcher staatlicher Aktionismus dem Klima viel bringt. Für die SVP muss die Freiwilligkeit im Vordergrund bleiben. Ohne freiwillige Massnahmen müsste im Übrigen auch die Weiterführung des Programmes EnergieSchweiz hinterfragt werden. Zudem muss die Balance zwischen Wirtschaft und Umweltschutz gewahrt bleiben. Eine solche Balance ist auch bei der bevorstehenden Änderung im Bereich der Umweltpolitik einzuhalten, wenn im Jahre 2012 das bestehende CO₂-Gesetz angepasst wird, um die Resultate des Folgeabkommens zum Kyoto-Protokoll aufzunehmen. Wir werden alles daran setzen, dass sich hier der Bundesrat realistische Ziele steckt und nicht wieder vorseilt. Die Umweltpolitik darf nicht zu einem Schweizerischen Sololaut ausarten. Weitergehende CO₂-Reduktionsziele wie es beispielsweise die "*Volksinitiative für ein gesundes Klima*" fordert, machen keinen Sinn. Sie schaden der Schweizer Wirtschaft und verschärfen den Zielkonflikt mit der Energiepolitik, respektive mit der Strom-Versorgungssicherheit. Die SVP lehnt solche ideologisch motivierten Initiativen strikt ab.

Überdies sind die Relationen zu wahren: Die Schweiz erzeugt 0,15% des globalen CO₂-Ausstosses während beispielsweise China und die USA für knapp 40% des weltweiten Ausstosses verantwortlich sind. Weitere Länder wie Indien werden mit fortschreitender Industrialisierung massive zusätzliche Emissionen erzeugen. Ohne den Einbezug dieser Länder wird die Umweltpolitik sprichwörtlich auf keinen grünen Zweig kommen.

In den nächsten Jahren wird uns die Energie- und Umweltpolitik noch stark beschäftigen. Mehrere Volksinitiativen stehen zur Diskussion. Und schliesslich wird in rund vier Jahren das Schweizer Volk darüber abstimmen, ob in der Schweiz neue Kernkraftwerke gebaut werden. Also, nicht nur im Fussball ist Spannung angesagt, auch in der Energie- und Umweltpolitik bleibt es energiegeladen. Packen wir es an. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.